



in Bayern.

WIR

1•2025

**DAS MAGAZIN
DER AWO BAYERN**

80. Jahrgang des „Helfer“

**BLEIBT ALLES
ANDERS?**

Deutschland
nach der
Wahl



**DIE AWO
IN SCHWABEN**

Kinderarmut abschaffen

Bezirksverband startet
Projekt

Demokratie stärken

Weil sie keine
Selbstverständlichkeit ist

WIR IN BAYERN

Aus der AWO 3

Freie Wohlfahrtspflege in Brüssel + Neues Projekt gestartet + Weihnachtsspende 2024 + Gemeinsam gegen Diskriminierung + AWO-Wahljahr 2025

Unser Thema: Bleibt alles anders?

Deutschland nach der Wahl 6

AWO-Erwartungen an die neue Bundesregierung + Interview zu Veränderungen im deutschen Parteiensystem + AWO-Wahlcheck 2025

WIR – DIE AWO IN SCHWABEN

Editorial / Vorstand 11

Titelthema: Kinderarmut abschaffen! 12

AWO-Vorsitzende fordern Reformen 14

„Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!“ 15

Perspektiven für die Pflege 16

Beiträge aus den Regionen 18

NS-Erinnerungsorte 19

Über 50 Jahre im Dienst der AWO 20

AWO Augsburg Stadt 21

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen der AWO,

das neue Jahr ist direkt mit einem politischen Großereignis gestartet: der Bundestagswahl. Zum Redaktionsschluss Anfang Februar wissen wir noch nicht, wie die Wahl ausgeht. Wir hoffen aber, dass antidemokratische Kräfte nicht zu stark werden. Außerdem sind wir – trotz des Tabubruchs der Merz-Union, mit Stimmen einer in Teilen rechtsextremen Partei Initiativen im Bundestag durchzubringen – zuversichtlich, dass sich eine Regierungsmehrheit in der demokratischen Mitte findet.

„Bleib alles anders?“ – Der Grönemeyer-Songtitel bringt das Spannungsverhältnis von Veränderungsdruck und Festhalten an Bewährtem gut auf den Punkt. Dieses Verhältnis auszutarieren, ist eine der Herausforderungen, vor denen eine neue Bundesregierung steht. Wir haben in die AWO hineingehört, was von ihr erwartet wird. Als AWO-Doppelspitze sehen wir die Regierung in der Pflicht, Politik für alle Menschen in unserem Land zu machen und drängende Fragen wie Fachkräftemangel, soziale Sicherung und Chancengerechtigkeit anzugehen.

Nicht nur im Bund, auch in der AWO wird dieses Jahr gewählt. Zunächst in den Bezirken, im September dann auf Landesebene und im November im Bund. Wir beide treten wieder als Doppelspitze an und bitten für weitere vier Jahre um Dein Vertrauen. Gerne möchten wir den Weg, die AWO in Bayern zu modernisieren und mehr Menschen mit unseren Angeboten und Botschaften zu erreichen, mit Dir gemeinsam fortsetzen.

Wir wünschen Dir viel Freude beim Lesen unserer aktuellen WIR und freuen uns auf viele Begegnungen mit AWO-Aktiven vor Ort auch in diesem Jahr.

Herzliche Grüße

Nicole Schley



Stefan Wolfshöndl

In der Hauptstadt Europas

Drei Tage in Brüssel ganz im Zeichen europäischer Zusammenarbeit. Die Bereiche Soziales, Gesundheit und Arbeit sind zwar weniger durch EU-Gesetzgebung beeinflusst als zum Beispiel Landwirtschaft oder Umwelt. Es gibt dennoch viele Auswirkungen und auch Chancen für die Sozialwirtschaft in Bayern durch die EU. Die Spitzen der Freien Wohlfahrtspflege Bayern haben sich in Gesprächen im Europäischen Parlament und den Europabüros von Caritas und Diakonie umfassend informiert über den Schutz der Gemeinnützigkeit, den Zugang zu EU-Fördermitteln, Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft auf EU-Politik sowie EU-Initiativen für Demokratieförderung und sozialen Zusammenhalt. Mit dabei: die AWO-Doppelspitze Nicole Schley und Stefan Wolfshörndl sowie Landesgeschäftsführer Andreas Czerny.

Foto: privat



AUS DER AWO

Spannende Gespräche hat das bayerische AWO-Spitzentrio Stefan Wolfshörndl, Nicole Schley und Andreas Czerny (v.l.n.r.) im Europäischen Parlament geführt.

„Bei der AWO möchte ich mich in diesem wichtigen Projekt für diejenigen einsetzen, die viel zu oft von unserer Gesellschaft übersehen werden, und mich so für mehr Verständnis, Zusammenhalt und Solidarität stark machen.“

Theresa Scholz, Projektkoordinatorin, „Zeit für Seniorinnen – Frauen helfen Frauen“

Foto: privat



Neues Projekt gestartet

Frauen helfen Frauen – das ist die Grundidee des neuen Projekts „Zeit für Seniorinnen“ beim AWO – Landesverband. Wir möchten alleinstehende Seniorinnen mit ehrenamtlichen Helferinnen zusammenbringen, sie etwa bei Behördengängen, der Fahrt zum Arzt, der Nebenkostenabrechnung oder Einkäufen unterstützen. Das Projekt beginnt in München und Umland, soll aber perspektivisch auf andere Regionen ausgedehnt werden.

Alleinstehende Seniorinnen und Ehrenamtliche anzusprechen sowie passende Tandems zu bilden und zu begleiten, sind die zentralen Aufgaben von Theresa Scholz, die uns in der Landesgeschäftsstelle seit Februar 2025 als Projektkoordinatorin verstärkt. Selbst schon längere Zeit als Lesepatin ehrenamtlich tätig, weiß die 36-Jährige nur zu gut, wie Ehrenamtliche am besten zu erreichen sind. Umfassende Erfahrung im Projektmanagement hat die Geisteswissenschaftlerin bereits als Programmleitung in einem Verlag sammeln können. Wir freuen uns sehr, Theresa in unserem Team begrüßen zu dürfen!

➔ *Du hast Fragen zum Projekt, möchtest ehrenamtlich helfen oder kennst eine Seniorin in München und Umland, die Unterstützung benötigt? Dann melde Dich gerne unter theresa.scholz@awo-bayern.de oder unter 089-546754-126.*



DIE „WIR-REDAKTION“

Sie haben Anregungen, Lob oder Kritik? Ihre Anmerkungen zum aktuellen Heft nehmen wir gerne auf. Sie erreichen uns hier:

Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Bayern e.V.
Edelsbergstraße 10, 80686 München
Telefon 089 546754-0
redaktion@awo-bayern.de

Gemeinsam gegen Diskriminierung

Diskriminierung? Leider Alltag in Bayern und Deutschland. Nachteile wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder Behinderung sind Realität – ob im Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder Uni. Besonders besorgniserregend: Die Anfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nehmen massiv zu. Gleichzeitig zeigen Studien einen Anstieg von Frauenhass und Ausländerfeindlichkeit.

Betroffene brauchen Schutz. Fast alle Bundesländer haben bereits gehandelt – und sind Teil der bundesweiten Koalition gegen Diskriminierung. Nur Bayern und Sachsen-Anhalt haben noch nicht unterzeichnet. Zudem ist der Freistaat eines von fünf Bundesländern, das keine eigene Antidiskriminierungsstelle hat oder plant.

Unser Appell: Bayern muss Verantwortung übernehmen und endlich entschlossen gegen Diskriminierung vorgehen. Der AWO-Landesverband steht hinter der Forderung von Städten wie München, Nürnberg und Regensburg: Eine landesweite Antidiskriminierungsstelle ist längst überfällig. Eine solche Stelle bietet (Rechts-)Beratung in individuellen Fällen an und das flächendeckend. Denn gerade auf dem Land gibt es in Bayern keine kommunalen Anlaufstellen. Zudem führt sie Forschung durch, berät die Politik und empfiehlt Strategien. Schließlich macht sie sich öffentlich für Vielfalt und Gerechtigkeit stark.



In jeder Stunde erleben statistisch gesehen 14 Frauen in Deutschland häusliche Gewalt.

Foto: AWO-Frauenhaus Augsburg

Deine Spende rettet Leben

6.354 Euro – so viel habt Ihr zusammen zu Weihnachten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder gespendet. Wir danken Euch von Herzen für Eure Solidarität. Jeder Euro hilft unseren Schutzhäusern und Beratungsstellen dabei, Frauen den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst zu erleichtern: mit Möbeln, Kleidung, Küchenutensilien oder Kindersachen für den Neustart, mit Bildungsangeboten und Arbeitsvermittlung, mit Freizeitaktivitäten und Kreativaktionen. Fast jeden Tag wird eine Frau oder ein Mädchen in Deutschland Opfer eines Femizids. Jede ist eine zu viel. Lasst uns weiterhin gemeinsam alles dafür tun, Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen.





2025: Wahljahr auch in der AWO

Alle Macht geht vom Ehrenamt aus

... das ist das Grundprinzip in unserem Mitgliederverband. Besonders lebendig wird dieser Grundsatz alle vier Jahre, wenn die Konferenzen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene stattfinden.

Was passiert auf den Konferenzen? Delegierte aus dem ganzen Bezirk, aus ganz Bayern und aus ganz Deutschland stellen die personellen und inhaltlichen Weichen für die nächsten Jahre: Der ehrenamtliche Vorstand wird gewählt, Revisor*innen und Vertreter*innen für die Konferenzen auf den nächsthöheren Verbandsebenen werden bestimmt. Die Konferenzen sind zudem Orte der inhaltlichen Debatte. Die Delegierten beraten und beschließen Anträge, die im Vorfeld oder initiativ eingebracht worden sind.

2025 ist wieder Superwahljahr in der AWO: Die Konferenzen in den Bezirken, in den Ländern und im Bund finden nacheinander statt. Auf unserer Landeskonzferenz im September wird auch die Spitze des AWO-Landesverbands neu gewählt. Grußworte halten der Nürnberger OB Marcus König, die Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag Doris Rauscher und die Präsidiumsvorsitzende des AWO-Bundesverbands Kathrin Sonnenholzner. Inhaltlich beschäftigen wir uns neben der Bilanz der vergangenen vier Jahre schwerpunktmäßig passend zum Wahljahr mit einer widerstandsfähigen Demokratie. Dazu freuen wir uns auf einen Gastvortrag von Paulina Fröhlich, stellvertretender Geschäftsführerin des Progressiven Zentrums.



Das AWO-Konferenzjahr 2025

BEZIRKSKONFERENZEN

AWO Niederbayern/Oberpfalz:

28.06.2025, Regensburg

AWO Oberbayern:

05.07.2025, Holzkirchen

AWO Ober- und Mittelfranken:

05.04.2025, Nürnberg

AWO Schwaben:

05.04.2025, Kempten

AWO Unterfranken:

19.07.2025, Kitzingen

LANDESKONFERENZ

AWO Bayern:

26. – 27.09.2025, Nürnberg

BUNDESKONFERENZ

AWO-Bundesverband:

14. – 16.11.2025, Erfurt

**„Liebe AWO-Freund*innen!
Wir bitten für weitere vier Jahre um Euer Vertrauen. Unsere Aufgabe als Doppelspitze macht uns große Freude und wir haben noch eine Menge vor: Viele Menschen für die AWO in Bayern begeistern und uns gemeinsam mit Euch für mehr Herz, Gerechtigkeit und Miteinander in unserer Gesellschaft einsetzen.“**

**Nicole Schley und Stefan Wolfshöndl,
Landesvorsitzende**

Bleibt alles anders?

Nun ist die Ampelregierung also Geschichte. Zumindest aller Voraussicht nach. Zum Redaktionsschluss Anfang Februar deuten die Umfragen auf Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün hin. Jetzt, rund eine Woche nach der Bundestagswahl, sind wir vielleicht schon ein bisschen schlauer. Was wird, aber vor allem, was soll sich ändern in Deutschland? Wir lassen verschiedene Stimmen aus der AWO-Familie zu Wort kommen: Von Jung bis Alt über Pflegeheimleitung und Migrationsberater*innen bis hin zum Vater eines Kita-Kindes. Alle setzen ihre ganz eigenen Akzente. In einem sind sie sich jedoch einig: AWO wählt Demokratie!

Foto: Landesjugendwerk der AWO Bayern



Mehr politische Bildung, um junge Menschen besser vor rechter Propaganda zu schützen, ist eine der Forderungen vom Landesjugendwerk an die neue Bundesregierung.

ANNA BIEBL & ROXANA PILZ

26 & 28, Vorsitzende Landesjugendwerk der AWO Bayern, Regensburg

Noch im November 2024 haben wir uns auf unserer Vorstandssitzung gefragt, inwiefern wir vor den Bundestagswahlen Einfluss auf junge Menschen haben können. Doch dann ist alles ganz schnell gegangen und Christian Lindner hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Drei Monate später sind die Wahlen durchgeführt und wir stehen alle weiterhin zusammen vor einer großen Aufgabe: Gemeinsam stark gegen Rechts!

Durch Wahlen ergibt sich nicht nur für die Wählenden die Möglichkeit, etwas zu verändern, sondern auch die gewählte Regierung kann für große Veränderungen sorgen. Wir als Landesjugendwerk fordern die neue Bundesregierung auf, folgende Themen konkret anzugehen:

Kindergrundsicherung Kinder sind unsere Zukunft und trotzdem sind sie zu wenig im Fokus. Junge Menschen müssen unabhängig von ihren Sorgeberechtigten eine gesicherte Lebensgrundlage erhalten.

Demokratiebildung Ein Kürzen von Geldern für politische Bildungsarbeit bedeutet, Parteien mit undemokratischen und rechten Tendenzen den Weg zu mehr Einfluss zu erleichtern. Durch die Ergebnisse der letzten U18-Wahlen wurde einmal mehr deutlich, dass vor allem junge Menschen anfällig für rechte Propaganda sind. Gründe dafür sind vor allem Unwissen und Unsicherheit über unsere Demokratie – sowohl im Hinblick darauf, wie sie aufgebaut ist, als auch darauf, wie sie funktioniert. Deswegen fordern wir mehr Gelder für politische Bildungsarbeit.

Beteiligung Junge Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik und bewegen sich damit entweder immer mehr an den rechten Rand oder beteiligen sich gar nicht mehr. Umso entscheidender ist es, durch Programme und Veranstaltungen jungen Menschen echte Beteiligung zu ermöglichen und ihren Stimmen ein Gewicht zu geben. Das kann vor allem durch die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre sichergestellt werden.

Neben diesen drei Themen bestehen noch so viel mehr Forderungen aus der Kinder- und Jugendarbeit an die Politik. Um nur zwei davon zu erwähnen, fordern wir die zukünftige Regierung zu einer humanitären und solidarischen Asylpolitik und einer verantwortungsbewussten Klimapolitik auf.

TEAM MIGRATIONSBERATUNG

AWO München-Stadt

Integration braucht Zeit. Die Vorstellung, dass sie nach drei Jahren erreicht ist, trifft nur in seltenen Fällen zu. Oft ist sie kein geradliniger Prozess. Es dauert, bis Menschen, die ihr Heimatland verlassen, sich wieder- oder neu erfinden. Um Integration zu ermöglichen, muss Sprachförderung ausreichend finanziert sein. Sprache ist der Schlüssel für den Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen Netzwerken. Ebenso wichtig ist die Migrationsberatung, welche die Politik als integralen Bestandteil des Integrationsprozesses anerkennen muss. Die Angebote müssen langfristig gesichert sein und nicht nur für das kommende Jahr.

Entscheidend für gelingende Integration ist zudem, schneller arbeiten zu dürfen, etwa über die leichtere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und mehr Weiterbildung. Eine Wohnung zu finden, ist Voraussetzung, um wirklich anzukommen. Dafür braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Außerdem ist dringend mehr zielgenaue Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Schulen und Kitas nötig.

Eine Kombination aus Aufklärung und strengen gesetzlichen Maßnahmen könnte das Klima in unserer Einwanderungsgesellschaft verbessern. Medien sollten ein Bewusstsein für die Folgen von Rassismus schaffen und die Vielfalt der Gesellschaft positiv darstellen. Mehr interkulturelle Bildung von Anfang an kann dabei helfen, Vorurteile abzubauen. Gleichzeitig sind klare Regeln nötig. Dazu gehören strengere Sanktionen gegen Hasskriminalität, anonyme Bewerbungsprozesse und unabhängige Beschwerdestellen. Auch die Politik selbst hat eine große Verantwortung. Sie sollte beispielsweise weder Zweiklassenflüchtlinge schaffen noch Migration als Bedrohung darstellen.

*Sie wissen, wie Integration gelingen kann: die Migrationsberater*innen der AWO München (Teamfoto vor Juni 2024 entstanden).*

Foto: AWO München-Stadt



Rentner Frank Krug erwartet von den Regierungsparteien einen besseren Umgang miteinander und mehr Mut zum Kompromiss.



Foto: privat

FRANK KRUG

93, Bewohner AWO-Seniorenzentrum Weidenberg

Vorausgesetzt, es koalieren Parteien der bürgerlichen Mitte (CDU/CSU, SPD, Grüne und Liberale), egal in welcher Konstellation, miteinander, erwarte ich von der neuen Bundesregierung ein entschlossenes Auftreten gegen die zunehmenden Angriffe von Rechts auf unser auf dem Grundgesetz beruhendes Staatswesen und damit auf unsere Demokratie. Außerdem ist ein konsequentes Vorgehen gegen jegliche Art von Gewalt nötig. Wichtig ist auch ein Festhalten an Weltoffenheit und an der Zugehörigkeit zur Europäischen Union, die durch Nationalisten bedroht ist. Ich habe als Jugendlicher Krieg und Diktatur noch miterlebt und kann nur warnen vor populistischen Reden, die heute wie damals dem Verlust der Freiheit vorausgehen.

Ich wünsche mir einen besseren Umgang der Parteien untereinander, auch bei Meinungsunterschieden: Streiten ja, aber Mut zum Kompromiss, um Lösungen zu erreichen zum Wohl des Landes. Entschlossenem Handeln im Weg stehen häufig auch verkrustete Strukturen in der Verwaltung öffentlicher Ämter, die dringend aufgebrochen werden müssen.

Die Politik darf zudem das gewählte System der Sozialen Marktwirtschaft nicht aus den Augen verlieren, ebenso wie die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien. Schließlich brauchen wir eine Familienpolitik, die Müttern eine Chancengleichheit im Berufs- und Wirtschaftsleben sichert. Zu viele Frauen, aber auch Männer, in Teilzeitarbeit haben keinen Zugang zu Weiterbildung und Wertschätzung im Arbeitsleben. Eine neue Regierung sollte dieses brachliegende Potential nutzen.

RALPH BARTOSCHEK**62, Leitung AWO-Seniorenzentrum Ingolstadt**

Von einer neuen Bundesregierung wünsche ich mir die Themen Alters- und Kinderarmut mehr zu beachten. Beides hängt oft eng zusammen, da Armut sich über Generationen verfestigt. Dazu halte ich unter anderem eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel für ein geeignetes Mittel. Außerdem müssen die Mieten runter und die Renten müssen angehoben werden. Sozialer Wohnungsbau muss deutlich günstiger werden.

Auch die Pflegekosten dürfen nicht explodieren. Die demografischen Entwicklungen müssen erkannt und entsprechend gedeutet werden. Wenn hier nichts geschieht, wird die Alten- und Krankenpflege auf eine Katastrophe zulaufen. Die schiere Zahl an pflegebedürftigen, auch mit Demenz belasteten Personen wird das bestehende System überfordern, so dass dieses grundlegend reformiert werden muss. Sonst werden teilstationäre Aufenthalte und Pflegeheimplätze für die Normal- oder Geringverdiener im Land nicht mehr bezahlbar sein. In der Konsequenz könnten sich nur noch Besserverdienende stationäre Pflege leisten mit Auswirkungen auf das ambulante Pflegesystem und die familiären Hilfestrukturen, die vollkommen überlastet wären. Dies darf in einem Sozialstaat nicht passieren.

Um als Gesellschaft und Sozialstaat zukunftsfähig zu sein, benötigen Bildung und Digitalisierung erkennbar mehr Beachtung. Dies belegen die PISA-Studien der letzten Jahre leider eindrucksvoll. Insbesondere für Kitas und die Pflege müssen nationale und internationale Fachkräfteoﬀensiven initiiert werden. Nur mit ausreichend Fachkräften kann die Versorgung, Bildung und Betreuung gesichert werden, die so dringend nötig ist.

Seniorenzentrumsleiter Bartoschek fordert die Bundesregierung zu einer grundlegenden Reform des Pflegesystems auf.

Foto: privat



Foto: privat

Eine lebenswerte Zukunft für Kinder muss für die Politik oberste Priorität haben, findet Familienvater Haas.

ROMAN HAAS**32, Vater eines AWO-Kita-Kindes, Landsberg am Lech**

Damit Kinder bessere Chancen haben und Familien ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, braucht es eine starke Familienpolitik und die Anerkennung unterschiedlicher Familienmodelle. Familien sind genauso vielfältig wie die ganze Gesellschaft. Diese Vielfalt muss nicht nur akzeptiert, sondern auch politisch unterstützt werden.

Als Eltern möchten wir die Möglichkeit haben, unsere Elternschaft gleichberechtigt zu leben – sowohl in der Erwerbs- als auch in der Sorgearbeit. Besonders in den ersten Lebensjahren unserer Kinder benötigen wir Flexibilität, um Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten und Homeoffice-Optionen sind für uns genauso wichtig wie individuelle Arbeitszeitmodelle.

Wir geben mit unseren Kindern das Wertvollste, das wir haben, in die Betreuungseinrichtungen. Daher haben wir hohe Erwartungen an Kitas und Schulen. Der Fachkräftemangel muss dringend angegangen werden, um die Qualität der frühkindlichen Bildung und der Schulen zu sichern. Zudem erwarte ich die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern. Dabei dürfen ältere Kinder ohne Rechtsanspruch nicht benachteiligt werden.

Ich wünsche mir stärkere Anreize, damit sich Väter von Beginn an aktiver in die Familienarbeit einbringen. Beispielsweise würden Familien davon profitieren, wenn sie mehr Elternzeit nehmen und der Vaterschaftsurlaub eingeführt wird. Beide Maßnahmen geben Vätern Zeit, sich in ihrer neuen Rolle einzufinden und ihre Kinder richtig kennenzulernen.

Wir Eltern investieren viel in die Zukunft unserer Kinder. Wir erwarten auch von der Politik, dass eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder höchste Priorität hat.

INTERVIEW

„Auch in Deutschland steigt die Ungleichheit“

Fragen: Alexandra Kournioti

Wieso steigt die Zustimmung für links- und rechtsextreme Parteien?

Im Wesentlichen sind es drei zusammenwirkende Prozesse: Globalisierung beziehungsweise europäische Integration, gesellschaftlicher Wertewandel und wirtschaftliche Transformation. Wer daraus als Gewinner*in hervorgeht, arbeitet oft in menschen-nahen Berufen, ist hoch gebildet, mobil, spricht mehrere Sprachen, hat keine Angst vor der Globalisierung und wählt in der Regel gemäßigte Parteien. Menschen, die nicht von der Bildungsrevolution profitiert haben, einfache Tätigkeiten verrichten und deren Arbeitsplätze teilweise tatsächlich von der Globalisierung bedroht sind, gehören eher zum Wählerpotenzial extremer Parteien. Ebenso Menschen, die vom Wertewandel nicht so erfasst worden sind und eher allergisch auf Gendersternchen und Homo-Ehe reagieren. Sie fühlen sich oft auch durch Zuwanderung in ihrer kulturellen Identität bedroht. Es handelt sich also um eine kulturelle und eine wirtschaftliche Bedrohungswahrnehmung.

Wie lässt sich diese korrigieren?

Aufgabe der Politik ist es, die Problemlagen dieser Leute genau in den Blick zu nehmen. Das heißt nicht, wir sollten keine Einwander*innen mehr ins Land lassen. Wenn wir die Stimmen für AfD und BSW anschauen, dann ist die Zustimmung in Ostdeutschland besonders stark. Dort gibt es viele Probleme seit der Wiedervereinigung. Wenn die letzte Post schließt, der nächste Supermarkt 20, 30 Kilometer entfernt ist, hat keine*r große Zuversicht. Solange wir die soziale Ungleichheit nicht beheben,

wird sich daran nichts ändern. Umverteilung von Vermögen ist ein möglicher Ansatz. Vor allem brauchen wir eine Politik, die Wohnen bezahlbarer macht, die die Inflation in bestimmten Phasen besser bekämpft, die das Leben bezahlbarer macht für die, die wenig Geld haben. Es ist kein Zufall, dass Rechtspopulismus in den USA viel Zulauf bekommen hat. Dort gibt es wenige soziale Sicherungssysteme. Aber auch in Deutschland steigt die Ungleichheit.

Unabhängig von alldem sind starke Volksparteien ein Auslaufmodell?

Ja, ich glaube es gibt keinen Weg zurück zur Bonner Republik. In Europa sehen wir Länder wie Österreich, Belgien und die Niederlande, die von größeren Parteien dominiert waren, was sich stark zurückgebildet hat. Das hat mit Wertewandel zu tun, mit Individualisierung und Bildungsexpansion. Die Menschen entscheiden auf höherem Niveau, wen sie wählen. Und das führt zu einer deutlich größeren Zersplitterung des Parteiensystems.

Welche Vorteile haben kleinere Parteien für die Demokratie?

Wenn die Bevölkerung divers ist, dann ist es besser, wenn es mehrere kleine Parteien gibt, die diese speziellen Bedürfnisse in die Politik einbringen können. Das ist die wichtigste Funktion von kleineren Parteien. Im Übrigen, wo wie in Großbritannien und den USA über das Wahlsystem die Zahl der Parteien minimiert ist, haben wir keine stabilen Volksparteien, sondern zerrissene, lagerbildende Parteien.

Oliver Treib

ist Professor für vergleichende Policy-Forschung und Methoden empirischer Sozialforschung an der Universität Münster. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Veränderung politischer Konfliktlinien.

Foto: privat



Wann werden kleinere Parteien möglicherweise gefährlich für die Demokratie?

Wenn die Regierungsfähigkeit gefährdet ist. Dabei gibt es erfolgreiche Vielparteienkoalitionen. In Finnland hatten wir in den letzten 30 Jahren Phasen, in denen eine Koalition aus fünf oder sechs Parteien bestanden hat und Finnland ist nicht durch Unregierbarkeit aufgefallen. Voraussetzung sind Kompromissbereitschaft und Kompromissfähigkeit. Das gilt aber auch für zwei Parteien.

Ist das Festhalten an der Fünf Prozent-Sperrklausel noch zeitgemäß?

Die Sperrklausel ist ein Kompromiss zwischen der authentischen Repräsentation der vielfältigen Positionen in der Bevölkerung und der Sicherung der Regierungsfähigkeit. Ein grundsätzlich sinnvolles Instrument. Ob das fünf Prozent oder ein anderer Wert sein sollten, darüber kann nachgedacht werden. Dafür müssen wir uns anschauen, wie hoch der Anteil der Stimmen ist, die wegen der Klausel wegfallen. In der Regel sind das fünf bis sechs Prozent der Stimmen. 2013 waren es tatsächlich um die 16 Prozent der abgegebenen Stimmen. Wenn das öfter vorkommen sollte, wäre eine Hürde von drei bis vier Prozent überlegenswert.



AWO-Wahlcheck 2025

Text: Christa Landsberger

Bundestagswahl schon im Februar? Der Termin kam für uns in der AWO ebenso überraschend wie für Wähler*innen und Parteien.

Kurzfristig mussten wir überlegen, wie wir unsere Mitglieder bei ihrer Wahlentscheidung unterstützen können. Eine vorgezogene Ausgabe der WIR? Kaum zu stemmen angesichts der Weihnachtspause. Auch die Parteien steckten lange im Programmprozess. Der kürzeste Draht ist das Internet, zwar nicht für alle, aber für immer mehr Menschen. Daher haben wir uns für ein Onlineformat entschieden und hoffen, dass wir damit möglichst viele erreichen konnten.

Wir haben vier Fragen zu Themen formuliert, die für uns als Sozialverband besonders relevant sind, und die bayerischen Spitzenkandidat*innen um kurze Antworten per Video gebeten. Eingeladen waren alle demokratischen Parteien, die im letzten Bundestag in Fraktionsstärke vertreten waren: CSU als Teil der Union, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Bedauerlicherweise kam trotz mehrfacher Nachfrage keine Rückmeldung der CSU.

Auf unsere Frage, wie sie für mehr Gerechtigkeit sorgen wollen, haben die Kandidat*innen so geantwortet:

Carsten Träger, SPD

Das Leben in Deutschland ist teuer geworden. Wir sind der Meinung: Wer Vollzeit arbeitet, muss sich und seine Familie auch davon ernähren können. Deshalb wollen wir zum einen mehr Tarifbindung erreichen, damit die Leute, die mehr als den Mindestlohn verdienen, ordentliche Löhne erzielen können. Zum zweiten wollen wir den Mindestlohn auf 15 Euro pro Stunde erhöhen. Das bedeutet für rund 20 Prozent der Menschen in Bayern eine deutliche Lohnerhöhung.

Jamila Schäfer, B'90/GRÜNE

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland leider immer weiter auseinander. Deswegen brauchen wir ein gerechtes Steuersystem, in dem kleine und mittlere Einkommen gezielt entlastet werden und starke Schultern mehr tragen. Außerdem wollen wir den Mindestlohn auf 15 Euro erhöhen und wir wollen eine Reform der Schuldenbremse, mit der wir zum Beispiel mehr Geld in gute Bildung investieren können.

Der Einladung zum AWO-Wahlcheck gefolgt sind die bayerischen Spitzenkandidat*innen der Parteien der ehemaligen Ampelregierung: Carsten Träger (SPD), Jamila Schäfer (B'90/GRÜNE) und Martin Hagen (FDP).

Martin Hagen, FDP

Die größte Ungerechtigkeit in Deutschland ist, dass der Bildungserfolg von Kindern immer noch so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt. Das wollen wir ändern. Die ehemalige Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger von der FDP hat mit dem Startchancenprogramm bereits einen ersten Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit getan. Darauf wollen wir aufbauen.

➔ *Weitere Fragen und Antworten findest Du – auch im Videoformat – auf unseren Instagram- und Facebook-Profilen @awobayern oder unter awo-bayern.de/awo-wahlcheck-2025*



Der AWO-Bundesverband hatte vor der Bundestagswahl eine Menge Material zusammengestellt und Veranstaltungen organisiert, um möglichst viele Menschen dazu zu motivieren, für eine der Parteien zu stimmen, die für einen starken Sozialstaat, eine lebendige Zivilgesellschaft und eine stabile Demokratie eintreten.

- **15 Kernforderungen** an die neue Bundesregierung
- **Synopse der Wahlprogramme** mit Online-Veranstaltung
- **Factsheets** zu gesellschaftlicher Ungleichheit
- **Social-Media-Kampagne** #AWOWaehltDemokratie
- **AWO-Wahlarena**

➔ *Alle Materialien sind abrufbar unter awowaehlt_demokratie.awo.org*

WIR DIE AWO IN SCHWABEN

Liebe Leserinnen und Leser,

Kinder sind unsere Zukunft! Die junge Generation hat es in der Hand, die Welt positiv zu gestalten. Leider erfahren arme Kinder mitunter Ausgrenzung und Diskriminierung. Dies birgt die Gefahr von Radikalisierung und extremistischem Gedankengut. Mit unserem Projekt „Kinderarmut abschaffen!“ (Seite 12) möchten wir erforschen, ob wir armutsgefährdete Kinder mit einer verbesserten finanziellen Basis stärken und ihre Entfaltung fördern können, damit sie sich als Teil der Gesellschaft erleben. Und damit wir gemeinsam ein starkes Bewusstsein für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander entwickeln können. Das ist uns wichtig, weil demokratische Werte wie Solidarität, Freiheit und Toleranz unser Denken und Handeln von Anfang an leiten.

Auch in Zukunft wollen wir eine starke sozialpolitische Stimme in diesem Sinne bleiben und als leistungsfähiger Träger sozialer Angebote ein verlässlicher Partner für die Menschen bleiben. Vor dem Hintergrund einer sich rasant verändernden Gesellschaft ist dies eine herausfordernde Aufgabe: Wir müssen unsere Organisation und unsere Strukturen dahingehend überprüfen und möglicherweise anpassen. Mit Benjamin Straßer hat der Verwaltungsrat deswegen einen erfahrenen Organisationsentwickler in den Vorstand der AWO Schwaben berufen.

Mit unserem Kinderarmutsprojekt wie auch mit der Entscheidung für eine Erweiterung des Vorstandes haben wir auf unterschiedliche Art und Weise die Zukunft im Blick – damit wir voller Zuversicht an das Morgen denken können.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre
Brigitte Protschka
Präsidentin



AWO Schwaben erweitert Vorstand



Der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Schwaben e. V. (AWO Schwaben) erweitert den Vorstand um ein neues Mitglied. Der Verwaltungsrat hat **Benjamin Straßer** zum 1. Februar 2025 als Vorstandsmitglied berufen.

Seit Mai 2024 ist der 43-Jährige bereits Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsentwicklung sowie Pressesprecher der AWO Schwaben. Als Vorstandsmitglied führt er den Bereich „Kommunikation, Organisationsentwicklung und Gesundheitshilfe“. Dabei trägt er die operative Verantwortung für die beiden Suchtkliniken in Schönau und Legau, die Psychosozialen Beratungsstellen in Memmingen und Mindelheim sowie für das betreute Wohnen für psychisch kranke Menschen in Kaufbeuren. „Wir freuen uns sehr, dass wir mit Herrn Straßer eine weitere kompetente Führungskraft mit viel Erfahrung in der Sozialwirtschaft im Vorstand haben“, so die AWO-Präsidentin Brigitte Protschka.

Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Dieter Egger (Personal, Altenhilfe- und Behindertenhilfe), der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Marion Leichtle-Werner (Finanzen, Bau, Nachhaltigkeit und Gleichstellung) und Silke Scherer (Kinder, Jugend und Familie) leitet Benjamin Straßer als Mitglied des Satzungsorgans fortan den AWO Bezirksverband Schwaben.

„Seit dem ersten Tag bei der AWO Schwaben bin ich begeistert von der Energie der beruflich und ehrenamtlich Tätigen. Das Zusammenspiel von sozialem Engagement und professioneller Unternehmensführung sehe ich als große Herausforderung und Chance zugleich“, sagt Benjamin Straßer. Nach über 15 Jahren in verschiedenen Fach- und Führungspositionen beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e. V. war der Diplom-Sozialpädagoge (FH) zuletzt Geschäftsbereichsleiter Teilhabe und Inklusion bei der St. Elisabeth-Stiftung in Baden-Württemberg, bevor er zur AWO wechselte. „Wir blicken auf eine bald 100-jährige Erfolgsgeschichte der AWO Schwaben. Gemeinsam können wir die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft gestalten.“

Fotos: AWO Schwaben



Im Workshop wurden die Projektziele erarbeitet, Benjamin Straßer, Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsentwicklung, moderierte.

Kinderarmut abschaffen!

Mit einer Interventionsstudie will die AWO Schwaben dazu beitragen, auf wissenschaftlicher Basis die Lage für von Armut bedrohte Kinder zu verbessern.

Was verändert sich, wenn Kinder aus armen oder armutsgefährdeten Familien ein Jahr lang jeden Monat 100 Euro erhalten? Verbessert sich ihre Lage, steigt ihr Selbstwertgefühl? Eröffnen sich ihnen neue Möglichkeiten der sozialen Teilhabe, wenn plötzlich Geld für einen Schwimmbadbesuch mit der ganzen Familie da ist und man zur Geburtstagsfeier auch ein Geschenk mitbringen kann?

Diese und weitere Fragen lässt die AWO mit dem Forschungsprojekt „Kinderarmut abschaffen!“ untersuchen. Dr. Rebekka Bendig und Dr. Tanja Seider, beide Professorinnen an der Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP) in Berlin, führen die Studie ab 2025 durch. Dazu werden rund 40 Kinder zwischen acht und zehn Jahren aus AWO-Kindertageseinrichtungen gesucht: eine Gruppe im Raum Augsburg, die andere im Allgäu. Somit können auch etwaige Stadt-Land-Unterschiede ausgemacht werden. Ziel ist es, die Teilhabe von Kindern nachhaltig zu verbessern und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu bestärken.

Die Familien der Kinder dürfen keine staatlichen Transferleistungen erhalten, da die 100 Euro im Monat sonst damit verrechnet würden. Ausgewählt werden daher Kinder aus stark armutsgefährdeten Familien, die knapp über der Bezugsgrenze liegen. Die Familien verpflichten sich, dass sie das Geld für die Kinder beziehungsweise deren Wünschen einsetzen und dies auch dokumentieren. Ferner müssen sie an begleitenden Workshops teilnehmen, die der wissenschaftlichen Evaluation dienen. In den Workshops erfahren die Kinder viel über ihre Rechte, die Vorzüge der Partizipation und Selbstwirksamkeit.

Die 2025 startende Studie „Kinderarmut abschaffen!“ des schwäbischen Bezirksverbands knüpft an ein Forschungsprojekt der Volkshilfe an, einem Wohlfahrtsverband aus Österreich, der eng mit der AWO kooperiert. Auf wissenschaftlicher Zahlenbasis fordert die Volkshilfe eine Kindergrundsicherung für Österreich.

In Deutschland sollte die Kindergrundsicherung ursprünglich 2025 eingeführt werden. Dazu liegt ein Gesetzesentwurf vor. Es ist jedoch ungewiss, ob beziehungsweise wann dieser in Bundestag und Bundesrat eingebracht wird.

„Wir sind gespannt auf die Ergebnisse“

Die Beweggründe zum Projekt „Kinderarmut abschaffen!“ erläutern AWO-Präsidentin Brigitte Protschka und Silke Scherer, Vorständin Kinder, Jugend und Familie der AWO Schwaben.

AWO Schwaben: Wie kam es zu der Studie?

Brigitte Protschka: Die Idee entstand auf einer Fahrt des Präsidiums im April 2024 nach Wien zu einem Treffen mit der Volkshilfe. Deren Geschäftsführer Erich Fenninger berichtete von seiner Studie und der Forderung, in Österreich eine Kindergrundsicherung einzuführen. Das wollten wir unbedingt auf unsere Verhältnisse anpassen und im kleineren Maßstab angehen.

Silke Scherer: Die Studie wird also quasi die Grundlage darstellen, um daraus politische Forderungen abzuleiten. Wir sind selbst auf die Ergebnisse gespannt.

AWO Schwaben: Was ist das große Anliegen?

Brigitte Protschka: Wir wollen herausfinden, wo wir armutsgefährdeten Kindern präventiv noch mehr helfen können. Sie dürfen lernen, selbst mitzugestalten, für ihre Interessen und Rechte einzustehen. Sie sollen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich nicht aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen ausgegrenzt fühlen. Genau das verleitet ja mitunter zu Radikalisierung und rechtem Gedankengut.

Silke Scherer: Die Kinder können Selbstwirksamkeit erfahren und ihre Resilienz stärken, um mit den Widrigkeiten des Lebens gut umgehen zu können. Das ist ja auch ein wesentlicher Gesundheitsschutz.

AWO-Vorständin Silke Scherer (links) und AWO-Präsidentin Brigitte Protschka setzen sich gegen Kinderarmut ein.



Projektleiter Jonas Huber kennt als Erzieher und Sozialpädagoge die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Familien.

Brigitte Protschka: Um die Freiheitsrechte ausüben zu können, braucht es eine gewisse materielle Ausstattung. Dafür wollen wir ein Jahr lang sorgen. Ich bin gespannt, was es bewirkt. Was machen die Kinder wirklich mit dem Geld? Eine spannende Frage.

AWO Schwaben: Und wenn sich herausstellt, dass es einfach in den Ausgabentopf der Familie wandert?

Silke Scherer: Das haben wir mit unserem Studiendesign ausgeschlossen. Die Kinder entscheiden, wofür sie die 100 Euro im Monat ausgeben. Die Familien müssen die Ausgabenposten dokumentieren. Ganz wichtig: Die Kinder werden nicht befragt, man forscht mit den Kindern. Was löst das zusätzliche Geld bei den Kindern aus? Wie können Kinder wachsen, wenn zusätzliche Ressourcen vorhanden sind?

Brigitte Protschka: Das Vorurteil, dass in Familien, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind oder knapp über den Bemessungsgrenzen liegen, zusätzliches Geld vor allem für Alkohol und Zigaretten ausgegeben wird, ist längst widerlegt. Wir wollen keine Almosen verteilen, sondern die Familien zu einem Leben in Würde befähigen. Das Geld fällt nicht vom Himmel. Um dies alles zu vermitteln, sind die Workshops für Kinder und ihre Eltern gedacht. Auf der Bezirkskonferenz am 5. April in Kempten werden wir unser Projekt vorstellen.

Unterstützen Sie das Projekt „Kinderarmut abschaffen!“

Die AWO Schwaben freut sich über eine Spende für dieses Projekt!
Verwendungszweck: „Kinderarmut abschaffen“
Spendenkonto der AWO Schwaben: IBAN: DE89 7205 0000 0000 0094 49
Paypal: herz@awo-schwaben.de

Foto: AWO Schwaben



Stellen klare Forderungen an die Bundesregierung, von links: Claudia Mandrysch (Vorständin, AWO Bundesverband), Brigitte Protschka (Präsidentin, AWO Schwaben), Dr. Marvin Deversi (Vorstand, AWO Bundesverband) und Kathrin Sonnenholzner (Präsidiums vorsitzende, AWO Bundesverband)

AWO fordert Umsetzung von Reformen und Entbürokratisierung

Vorsitzende der AWO-Bezirks- und Landesverbände aus ganz Deutschland formulieren Forderungen an die Bundesregierung und mahnen eine schnelle Umsetzung von Reformen an.

Auf Einladung der AWO Schwaben tauschten sich im November 2024 die Vorsitzenden der AWO-Bezirks- und Landesverbände aus ganz Deutschland in der Geschäftsstelle des schwäbischen Bezirksverbands in Stadtbergen zu wichtigen sozialpolitischen Themen aus.

Die AWO-Führungsriege war sich hierbei einig: Deutschland braucht eine rasche Umsetzung sozialpolitischer Reformen und den deutlichen Abbau bürokratischer

Hürden. So stehe die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder aus. Außerdem liege für ein Gewalthilfegesetz zum Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt bereits ein Entwurf vor, der weiter vorangetrieben werden muss. Auch die bundeseinheitliche Pflegefachassistentenausbildung ist ein wichtiges Thema, das schnellstmöglich umgesetzt werden muss, damit die neue Ausbildungsform wie geplant 2027 an den Start gehen kann. „Ich freue mich, dass wir als AWO geschlossen eintreten für die Sicherung unserer demokratischen Grundwerte und für die soziale Sicherung aller Menschen in Deutschland“, resümierte AWO-Präsidentin Brigitte Protschka.

Ein Zwischenruf von Marion Leichtle-Werner

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Demokratische Werte müssen erlernt, gelebt, gestaltet, geschützt und verteidigt werden. Bereits heute setzen sich zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Menschen für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Auch der AWO Bezirksverband Schwaben e. V. fördert und verteidigt unsere Demokratie. Eine Demokratie bemisst sich an dem Umgang mit Menschen, die in der Minderheit sind. Der Schutz von Minderheiten ist ein essenzieller Teil eines libe-

ralen Demokratieverständnisses. Demokratie muss gelebt werden – nur dann hat Demokratie Zukunft.

Seit der Gründung der AWO bezieht sich der Wohlfahrtsverband in seinem Wirken auf die Werte Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Freiheit.

»**Demokratie** ist keine Selbstverständlichkeit!«

» **Gleichheit** gründet sich in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung.

» **Gerechtigkeit** herrscht, wenn jeder Mensch frei ist und die gleichen Chancen im Leben hat.

» **Solidarität** entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und anderen zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung.

» **Toleranz** erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der Gesellschaft.

» **Freiheit** bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei zu sein von Willkür, Not und Armut. Die Freiheit jedes Individuums entsteht auch durch die Gemeinschaft. Aber Freiheit verpflichtet auch, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und die Freiheit anderer zu respektieren.

Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Behinderung, Alter sowie der sozialen und ethnischen Herkunft ist nicht mit den Werten der AWO vereinbar. Sie verletzt die Würde der Menschen und verhindert Chancengerechtigkeit. Durch die Arbeit im Bereich Gleichstellung und Vielfalt wird Wissen vermittelt, das eine Sensibilisierung für Diskriminierungserfahrungen fördert. Ziel ist es, durch den Abbau von Vorurteilen und Stereotype Brücken zu bauen und Menschen miteinander in den Austausch zu bringen. Damit ist es möglich, solidarisch und tolerant im (Arbeits-)Alltag zu leben.

Foto: AWO Schwaben



Marion Leichtle-Werner, stellv. Vorstandsvorsitzende der AWO Schwaben, ist neben Finanzen, Bau und IT zuständig für den Bereich Gleichstellung und Vielfalt sowie das Nachhaltigkeitsmanagement.



„Das entbehrt jeglicher Sozialstaatlichkeit!“

Die AWO Schwaben betreibt 23 Pflegeheime. Während andere Heimträger Insolvenz anmelden, ist die Altenhilfe für die AWO Schwaben das wirtschaftlich wichtigste Geschäftsfeld. Doch was braucht es, damit Pflegebedürftige gut versorgt sind und Pflegeanbieter überleben können? Präsidentin Brigitte Protschka und Vorstandsvorsitzender Dieter Egger im Gespräch.

Dieter Egger: „Wo fangen wir an?“

Brigitte Protschka: „Am besten vorne. Bei der Ausbildung würde ich sagen.“

Dieter Egger: „Der Pflegeberuf ist attraktiv, weil hier von Mensch zu Mensch gehandelt wird, eine absolut sinnstiftende Arbeit. Die Rahmenbedingungen und der gesellschaftliche Status machen die Berufswahl jedoch unglaublich schwer.“

Brigitte Protschka: „Ja! Und dass in der Pflege weiterhin die Heimbewohnerinnen und -bewohner die Kosten der Ausbildung tragen, ist eine völlig ungerechtfertigte Belastung. Das muss endlich aufhören! Wir reden seit Jahren davon, dass wir Menschen mit Pflegebedürftigkeit finanziell entlasten und mehr Menschen in Pflegeberufe bringen müssen. Eine staatliche Finanzierung der Pflegeausbildung würde für beide Nöte eine Verbesserung bringen.“

Dieter Egger: „Den Pflegebedürftigen weiterhin die Ausbildungskosten zuzumuten, entbehrt jeglicher Sozialstaatlichkeit.“

Brigitte Protschka: „Vermutlich wissen die Wenigsten, weshalb die stationäre Pflege, auch bei der AWO, immer teurer wird.“

Dieter Egger: „Als Träger müssen wir die entstehenden Kosten umlegen auf die Bewohnerinnen und Bewohner. Obwohl wir als gemeinnütziger Wohlfahrtsverband keine Gewinnmaximierung betreiben müssen, um Renditezielen von Aktionären und Anteilseignern gerecht zu werden, gibt es auch bei uns Preissteigerungen. Sie resultieren aus den Kostensteigerungen. Dies gilt vor allem für den Energiebereich: Strom, Öl, Gas und auch Nahrungsmittel werden teurer. Noch stärker fallen die Tarifierhöhungen ins Gewicht. Was aus Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absolut wünschenswert ist, wirkt sich leider deutlich auf die Kosten für die Bewohnerinnen und Bewohner der Heime aus.“

Brigitte Protschka: „Unbekannt ist meist auch, dass Investitionskosten erheblich zu hohen Kosten für Heimplätze beitragen.“

Dieter Egger: „Insbesondere in Neubauten führt die fehlende staatliche Investitionskostenförderung – die übrigens in anderen Bereichen wie Kita- oder Schulneubau selbstverständlich ist – zu massiven Kostensteigerungen.“

Brigitte Protschka: „Viele Menschen wissen einfach nicht mehr, wie sie das alles bezahlen sollen.“

Dieter Egger: „Helfen sollte hier die Pflegeversicherung. Mit ihrer Einführung hat sich bei vielen Menschen das Gefühl eingestellt, sie wären abgesichert im Falle einer Pflegebedürftigkeit. Das war und ist jedoch ein Trugschluss. Die Pflegeversicherung leistet einen Teilbetrag – das Risiko ist aber größer.“

Brigitte Protschka: „Deshalb brauchen wir die Bürgerversicherung!“

Dieter Egger: „Woher soll das Geld kommen?“

Brigitte Protschka: „Alle müssen sich beteiligen und zwar als Vollkaskoversicherung, die über das Steuersystem finanziert wird. Das wäre ein starker Sozialstaat, wenn man nicht Angst davor haben müsste, im Alter pflegebedürftig zu werden. Mich ärgert, dass das alles seit Jahren bekannt ist und nichts passiert. Wenn sich die Bedingungen nicht bald verbessern und es intensive

politische und gesellschaftliche Anstrengungen gibt, steuern wir auf einen Kollaps in der Pflege zu.“

Dieter Egger: „Richtig. Aber die Kosten sind nur das Eine.“

Brigitte Protschka: „Das sehe ich auch so! Wir müssen von einer Misstrauenskultur gegenüber der Pflege in eine gesellschaftliche und politische Anerkennungskultur gegenüber den Menschen in Pflegeberufen kommen. Die Fachlichkeit und Wichtigkeit des Personals im Pflegebereich muss sich in der Wertschätzung und Bezahlung abbilden, um den Menschen, die sich professionell und trotzdem einfühlsam um unsere Seniorinnen und Senioren kümmern, angemessene Anerkennung zu zollen. Aber auch um Begeisterung für die Pflegeberufe zu wecken.“

Dieter Egger: „Und wir dürfen die Perspektive der Anbieter nicht vergessen. Es ist dringend eine strukturelle Entlastung der Heimträger geboten. Die Prüfbehörden sollten sich endlich untereinander abstimmen und eine angemessene Fachlichkeit vorhalten, anstatt die Abläufe im Heim zusätzlich zu belasten. Die Zahl der Vorschriften ist insgesamt zu hoch, die Kosten schultern aber die Träger. Bauliche Standards im Heimrecht werden nicht ausreichend refinanziert. Wir sind hier enorm in Vorleistung gegangen, das lässt sich nicht ewig durchhalten. Unser Staat ist gefordert!“



Fotos: AWO Schwaben

Dieter Egger und Brigitte Protschka setzen sich für eine strukturelle Verbesserung der Pflege ein.

Ulrike Hogen neue Vorsitzende des AWO-Kreisverbands Dillingen

Ulrike Hogen ist neue Vorsitzende des AWO-Kreisverbands Dillingen. Sie wurde im Rahmen der Neuwahlen auf der Kreiskonferenz Mitte November 2024 gewählt. Der bisherige Vorsitzende Paulus Gruber trat aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl an. Für seinen jahrelangen Einsatz bei der AWO wurde Paulus Gruber zum Ehrenvorsitzenden ernannt und von Frank Kunz, Oberbürgermeister der Stadt Dillingen, für seine Verdienste bei der AWO, im Kreuzbund und in der Flüchtlingshilfe geehrt. Hierüber freute sich der scheidende Vorsitzende sehr: „Scheinbar habe ich meine Arbeit gut gemacht – es war eine schöne Zeit!“



Foto: AWO-Kreisverband Dillingen

Von links: Frank Kunz (Oberbürgermeister, Stadt Dillingen), Paulus Gruber (Ehrenvorsitzender) mit seiner Frau Esther Gruber, Ulrike Hogen (1. Vorständin) und Martina Lang (AWO-Verbandskoordinatorin für Nordschwaben)

Lindau: AWO spendet 5.500 Euro für Familien in Not

Foto: Norbert Kolz



Freuen sich über die Spenden für benachteiligte Familien, v. l.: Monika Bermetz, Barbara Krämer-Kubas, Heidi Horn, Norbert Kolz, Gisela Stark (alle AWO) sowie Karen Plessing, Daria Ehrmann (beide Familienstützpunkt Lindau).

Kurz vor Weihnachten übergab der AWO-Kreisverband Westallgäu-Lindau eine Spende in Höhe von 5.500 Euro an den Familienstützpunkt Lindau, um sozial benachteiligte Familien zu unterstützen. Die finanzielle Hilfe ist ein Zeichen der Solidarität und kommt Familien zugute, die besonders von der aktuellen wirtschaftlichen Lage betroffen sind. Norbert Kolz, Vorsitzender des AWO-Kreisverbands Westallgäu-Lindau, betonte die Dringlichkeit solcher Hilfsaktionen angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit in Deutschland: „Die zunehmende Armut in unserem Land ist alarmierend. Gerade in der Weihnachtszeit ist es wichtig, ein Zeichen der Unterstützung und Hoffnung zu setzen. Die AWO Lindau sieht sich in der Verantwortung, aktiv zu helfen und soziale Not zu lindern.“ Auch Daria Ehrmann, Leiterin des Familienstützpunkts Lindau, hob die Bedeutung der Spende hervor: „Für viele Familien bedeutet diese Unterstützung eine spürbare Entlastung. Wir erleben täglich, wie schwer es für manche ist, den Alltag zu bewältigen. Die Spende ermöglicht es uns, diesen Menschen direkt und unbürokratisch zu helfen.“

Weihnachtspäckchen für rumänische Kinder

Eine besondere Weihnachtsaktion führte der AWO-Ortsverein Türkheim-Ettringen-Wiedergeltingen gemeinsam mit dem befreundeten AWO-Ortsvereins in Fridolfing durch. Mitte Dezember brachten Ehrenamtliche über 400 gespendete Weihnachtspäckchen nach Rumänien, in das über 1.000 Kilometer entfernte Dorf Satmarel. Begleitet wurde diese Aktion, die bereits seit elf Jahren durchgeführt wird, von AWO-Präsidiumsmitglied Dr. Simone Strohmayer, MdL. Die Freude der Kinder vor Ort war riesig. Als Dankeschön führten sie Weihnachtsstücke auf und sangen deutsche Weihnachtslieder – so waren die Strapazen der 17-stündigen Fahrt schnell vergessen.

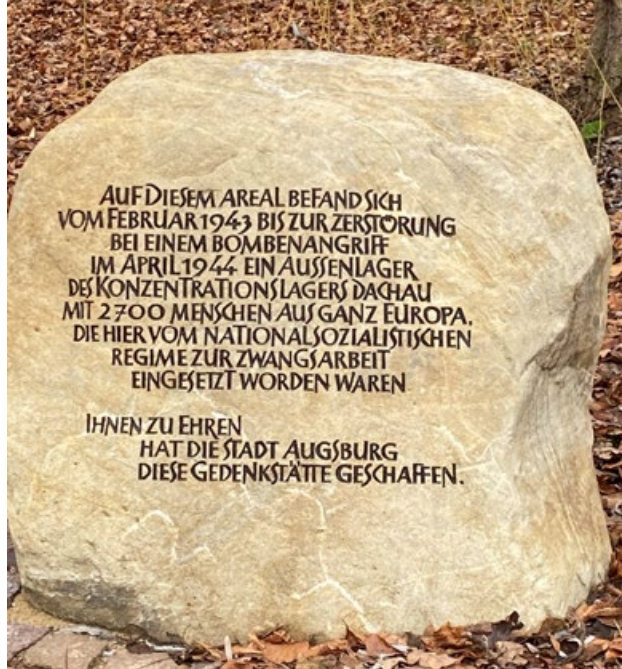
Aufgrund der großen Anzahl an Päckchen konnten auch einige davon an Kinder im BuKi-Haus in Cidreag, einem Tageszentrum für Roma-Kinder, und andere soziale Einrichtungen verteilt werden.

Zusätzlich brachten die Ehrenamtlichen mehrere Tonnen Hilfsgüter für das rumänische AWO-Lager mit. Ermöglicht wurde dies durch die AWO Schwaben, die Haustechnik Schreiber in Türkheim und die AWO-Zuverdienst-Werkstatt in Bad Reichenhall, die die Transportfahrzeuge zur Verfügung stellten.

Zahlreiche Ehrenamtliche brachten über 400 Weihnachtspäckchen und Hilfsgüter nach Rumänien. Mit dabei war auch MdL Dr. Simone Strohmayer (rechts).



Foto: AWO Rumänien



Das Mahnmal und der Gedenkstein erinnern an das ehemalige Zwangsarbeiterlager in Augsburg-Haunstetten.

Dem Vergessen etwas entgegensetzen

Der Bezirk Schwaben hat 24 NS-Erinnerungsorte im ganzen Regierungsbezirk dokumentiert

Von Heinz Münzenrieder, Ehrenvorsitzender der AWO Schwaben

Augsburg Eine im Kern verfassungsfeindliche und rechts-extreme Partei erzielt derzeit zu Besorgnis führende Zustimmungswerte. Umso mehr ist es notwendig, sich zu erinnern, dass schon einmal diese hierbei zu Tage kommende Ideologie unsere Demokratie zerstörte. Auch bei uns in Schwaben. Jetzt – 80 Jahre nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur – ist daher ein „Blick retour“ wichtiger denn je. Auch weil das damalige furchtbare Geschehen unausweichlich in die Ferne rückt und deshalb Zeitzeugen, die diese finstere Epoche erlebten, immer weniger werden.

Diesem notwendigen Erinnern dient eine vom Bezirk Schwaben publizierte Dokumentation über NS-Erinnerungsorte im ganzen Regierungsbezirk. 24 solcher „Denkorte“ zwischen Oettingen im Norden und Fischen (Allgäu) im Süden werden vorgestellt und dokumentiert. Dominierend sind hierbei zehn KZ-Außenlager, die systematisch ganz Schwaben überzogen und die sozusagen die „Arbeitsbänke“ des KZ Dachau darstellten. Vorgestellt wird auch das KZ-Außenlager in Augsburg-Pfersee, von wo aus noch im April 1945 auf Befehl Himmlers 1.500 Zwangsarbeiter einen Elendsmarsch antreten mussten, der dann – als die Amerikaner anrückten – im heute zu Schwabmünchen gehörenden Staudenort Klimmach ein Ende fand.

Ein Zeitzeuge berichtete: „Die Menschen schleppten sich dahin. Zum Teil stützten sie sich gegenseitig. Es wurden wohl auch auf völlig Erschöpfte Schüsse abgegeben. Hunger und Durst waren unerträglich.“

Zwangsarbeiterlager in Augsburg-Haunstetten war das größte in Schwaben

Dokumentiert werden daneben auch die Gedenkstätten für ermordete und gequälte Menschen in Kloster Irsee, Ursberg und im Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren sowie erhaltene Spuren jüdischen Lebens in Binswangen und Buttenwiesen. Und was wichtig ist: Ein umfassendes Glossar erläutert dem damaligen NS-Jargon entsprechende Begrifflichkeiten, die der Verharmlosung des Unterdrückungssystems dienten.

So etwa die Wortschöpfung „Ostarbeiter“ oder „Fremdarbeiter“, die verschleiern sollte, dass hier unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit geleistet werden musste. Allein im größten Zwangsarbeiterlager Schwabens – in Augsburg-Haunstetten – waren 2.700 solcher Zwangsarbeiter untergebracht. Viele von ihnen – bei den Messerschmitt-Flugzeugwerken eingesetzt – kamen bei den Luftangriffen der Alliierten im April 1944 ums Leben. Und was ebenfalls wichtig ist: Publiziert wurde auch – soweit vorhanden – weiterführende Literatur zu den Erinnerungsorten und örtliche Ansprechpartner mit Blick auf Exkursionen.

INFO

Die Publikation „NS-Erinnerungsorte in Schwaben“ ist erhältlich beim Bezirk Schwaben / Bezirksheimatpflege (heimatpflege@bezirk-schwaben.de).



Foto: AWO-Kreisverband Augsburg-Land

Alois Strohmayr zum Ehrenvorsitzenden ernannt

Im Rahmen der Kreiskonferenz des AWO-Kreisverbands Augsburg-Land wurde Alois Strohmayr zum Ehrenvorsitzenden ernannt. 54 Jahre bekleidete Strohmayr das Amt des Kreisvorsitzenden. In Gruß- und Dankesworten würdigten die zahlreichen Ehrengäste sein soziales Engagement. Als Nachfolgerin wurde seine Schwiegertochter Dr. Simone Stromayr (MdL) gewählt.



Foto: Ingrid Strohmayr

Die neugewählten Kreisvorstände der AWO Augsburg-Land, von links: Erna Stegherr-Haußmann (Adelsried, stellv. Vorsitzende), Kreisvorsitzende Dr. Simone Strohmayr (MdL) mit den weiteren Stellvertretenden Otto Müller (Königsbrunn) und Johanna Ludl (Bobingen)

Dankten Alois Strohmayr (4. von links) für seine Verdienste der vergangenen 54 Jahre, von links: Michael Smischek (2. Bürgermeister, Stadt Stadtbergen), Simone Strohmayr (MdL), Otto Müller, Alois Strohmayr, Erna Stegherr-Haußmann, Johanna Ludl, Anneliese Ullrich und Gerhard Klug

Kostenlose Rechtsberatung für Mitglieder

Das Leben birgt viele böse Überraschungen. In diesen Fällen können AWO-Mitglieder auf die kostenlose Rechtsberatung durch Dr. Ulrich Neusinger zurückgreifen. Der Rechtsanwalt erteilt AWO-Mitgliedern gerne telefonisch oder per E-Mail Erstauskunft zu Rechtsfragen und hilft dabei, Klarheit in die oft schwierigen Sachverhalte zu bringen. Wichtig für Ihre Anfrage: Halten Sie Ihre Mitgliedsnummer und den Namen Ihres AWO-Ortsvereins bereit!



Dr. Neusinger & Neusinger . Rechtsanwälte/Fachanwälte . Bogenstraße 1, 87527 Sonthofen
 Telefon: 08321 60885-0 . Fax: 08321 60885-11 . E-Mail: u.neusinger@anwaelte-neusinger.de
 Internet: www.anwaelte-neusinger.de

Impressum

AWO Magazin „WIR“; Ausgabe „WIR“ Schwaben

Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt
 Landesverband Bayern e.V.
 Edelsbergstraße 10, 80686 München
 Telefon 089 546754-0
 redaktion@awo-bayern.de
 www.awo-bayern.de

Redaktion „WIR“ AWO Landesverband:

Nicole Schley, Stefan Wolfshörndl (V.i.S.d.P.),
 Christa Landsberger (Leitung),
 Alexandra Kournioti, Petra Dreher

Konzept und Gestaltung:

Stephanie Roderer,
 www.studio-pingpong.de

Redaktionsanschrift:

siehe oben
 Namens- und Adressänderungen melden Sie bitte bei Ihrem zuständigen Kreisverband oder Ortsverein.

Redaktion Ausgabe „WIR“ Schwaben:

Dieter Egger (V.i.S.d.P.)
 Benjamin Straßer (Leitung)
 Dominik Schubert

Redaktionsanschrift:

AWO Bezirksverband Schwaben e.V.
 Sonnenstraße 10, 86391 Stadtbergen

Redaktion AWO in Augsburg:

Werner Weishaupt (V.i.S.d.P.)

Hinweis: Die Beiträge stellen die Meinung des/der Verfasser/in dar, nicht unbedingt die des Herausgebers.

Redaktionsanschrift:

AWO Kreisverband Augsburg Stadt e.V.
 Rosenaustraße 38, 86150 Augsburg

Layout und Grafik „WIR“ Schwaben:

bonitasprint gmbh
 Max-von-Laue-Str. 31, 97080 Würzburg
 Tel. 0931 90083-0, Fax 0931 90083-50
 www.bonitasprint.de

Druck:

bonitasprint gmbh
 Max-von-Laue-Str. 31, 97080 Würzburg
 Tel. 0931 90083-0, Fax 0931 90083-50
 www.bonitasprint.de

Erscheinungsweise:

4 x jährlich

Bezugspreis:

Der Bezugspreis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bildnachweis:

Titel: freelink.com

Auflage:

42.500 Stück

ISSN 2191-1460

Dieses Magazin wurde auf 100% Recyclingpapier gedruckt, das mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen-Engel-Siegel ausgezeichnet ist. Die gesamte Produktion des Magazins entspricht den Kriterien des Blauen Engels nach DE UZ 195.



Insgesamt 32 junge Menschen aus 14 Nationen haben im September 2024 ihre Ausbildung in verschiedenen Bereichen der AWO Augsburg begonnen.

Azubi-WelcomeDay Ein gelungener Start in die Ausbildung

Ende Oktober 2024 war es endlich soweit: Die Azubis, die im September ihre Ausbildung bei der AWO Augsburg begonnen haben, hatten die Gelegenheit, sich beim Azubi-WelcomeDay besser kennenzulernen und mehr über die verschiedenen Gesellschaften ihres Ausbildungsträgers zu erfahren. Sechs Azubis haben bei der infau-lern/statt in den Bereichen Elektro, Büromanagement und als Lackierer begonnen. 17 Auszubildende haben bei der AWONIA die Ausbildung zur Pflegefachfrau und zum Pflegefachmann begonnen. Neun Auszubildende sind in die Ausbildung zur Pflegefachhelferin und zum Pflegefachhelfer gestartet.



Die Teilnehmenden des Azubi-WelcomeDays erfahren nicht nur mehr über die AWO Augsburg und die zukünftigen Aufgaben in ihren jeweiligen Bereichen, sondern sie lernen sich untereinander besser kennen und können sich austauschen.

Der Tag begann mit einer Einführung in die unterschiedlichen Tochtergesellschaften der AWO Augsburg. Im Anschluss wurden die Teilnehmenden in zwei Gruppen eingeteilt und fuhren mit dem Bus zu verschiedenen Einrichtungen des Trägers. Ziel dieser Tour war es, nach der theoretischen Einführung den Azubis einen realen Einblick in die verschiedenen Arbeitsfelder zu geben. Die Bustour fand ihren Abschluss im Bürgerhaus Pfersee. Nach einer gemeinsamen Mittagspause, in der sich alle in entspannter Atmosphäre austauschen konnten, trafen sich die Gruppen im Anschluss, um ihre Erlebnisse des Vormittags zu teilen. In einer kleinen Präsentation berichteten die Gruppen gegenseitig von ihren Besuchen und den gewonnenen Eindrücken. Dies förderte nicht nur den Wissensaustausch, sondern auch den Zusammenhalt unter den Auszubildenden. Am Nachmittag tauschte man sich darüber aus, wie die ersten Wochen der Ausbildung verlaufen waren und wie sich die Azubis in ihrem neuen Arbeitsumfeld fühlen. In einer offenen Diskussion zeigte sich, dass sich viele bereits gut integriert haben und erste Erfahrungen sammeln konnten, auch wenn der Einstieg in die Ausbildung mitunter herausfordernd war.

Der Azubi-WelcomeDay der AWO Augsburg war ein rundum gelungener Tag, der den neuen Auszubildenden half, nicht nur mehr über ihre zukünftigen Aufgaben zu erfahren, sondern sich auch untereinander besser kennenzulernen und auszutauschen. Ein wichtiger Schritt, um sich in der Ausbildung gut aufgehoben und unterstützt zu fühlen.



Die Künstlerinnen und Künstler des Abends mit Moderator Wolfgang Tressel (rechts)

Musikalisch-europäische Weihnacht im Staatstheater Augsburg am 3.12.2024

Die Stiftung Herz zeigen lud am 3. Dezember 2024 zur musikalisch-europäischen Weihnacht in den martini-Park des Staatstheaters ein. Junge Künstlerinnen und Künstler aus verschiedenen europäischen Ländern gestalteten ein exklusives musikalisches Programm, in diesem Jahr ergänzt durch klassisches Ballett: Die junge Ballerina Tatiana Gribov (ehemals Bolschoi-Theater Moskau) tanzte in Begleitung von Sofia Gaidysheva am Klavier. Weitere Highlights waren das Trietz-Klarinetten-Trio, der Gitarrist Noah Plota und die Akkordeonisten Siniša und Djordje.

Dr. Wolfgang Tressel, ehemaliger Chefarzt der Geriatrie der Hessing Stiftung und „medizinischer“ Kabarettist, moderierte unterhaltsam durch den Abend. Abgerundet wurde die gelungene Veranstaltung durch den Weihnachtsbasar der AWO Augsburg im Foyer. Liebevoll gestaltetes Kunsthandwerk von Klientinnen und Klienten der AWOSANA stimmte die Gäste auf Weihnachten ein. Die Resonanz der Gäste war einstimmig positiv, was sich auch an den großzügigen Spenden zugunsten des Augsburger Frauenhauses zeigte.



Die AWO-Straßenbahn nach dem Auffahrunfall im Juli 2024 mit geborstenen Scheiben und demoliertem Fahrerhaus.

Die AWO-Straßenbahn fährt wieder!

Sie ist ein absoluter Hingucker im Augsburger Stadtbild seit den Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der AWO Augsburg im Jahr 2022: Die AWO-Straßenbahn mit den bunten Herzen!

Da stand sie dann aber Mitte des Jahres 2024: Die Scheiben geborsten, das Fahrerhaus deformiert, Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei wohin das Auge reichte. Bunte Herzen in einem Meer aus Blaulicht. Am 22. Juli 2024 ereignete sich in der



Die Tram der AWO Augsburg erstrahlt in neuem Glanz und fährt endlich wieder durch Augsburg!

Augsburger Innenstadt ein Unfall zwischen zwei Straßenbahnen. Es herrschte ein Großaufgebot an Polizei und Rettungskräften, auch ein Rettungshubschrauber wurde angefordert. Das Ausmaß der Verkehrsbehinderungen in der Augsburger Innenstadt war beträchtlich und die Unfallstelle war erst gegen Abend geräumt.

Aufgrund der nachfolgenden Reparaturen und einer neuen Beklebung fiel die AWO-Tram fünf Monate lang aus. Jetzt erstrahlt sie in neuem Glanz und fährt endlich wieder durch Augsburg!

FRISCH GEDRUCKT UND BEREIT FÜR DICH!

DIE NEUEN AWO-FLYER.

Die neuen AWO-Flyer sind da
und warten darauf, von Dir
verteilt zu werden!

Informiere über unseren Einsatz
für mehr WIR in unserer
Gesellschaft und gewinne neue
Mitglieder für unsere AWO-
Familie!



Die kompletten Flyer findest
Du auf unserer Website:
awo-bayern.de/neue-awo-flyer/

Bestell die fertigen Flyer bei:
Alexander Schäflein
Haßfurter MEDIENPARTNER
a.schaefflein@has-mp.de
Telefon 09521/699-12

Oder fordere die Druckdaten an bei:
petra.dreher@awo-bayern.de

www.awo-bayern.de

Arbeiterwohlfahrt · Bezirksverband Schwaben e.V.
Sonnenstraße 10 · 86391 Stadtbergen
Telefon 0821 43001-0 · Fax 0821 43001-879
info@awo-schwaben.de · www.awo-schwaben.de
ISSN 2191-1460



Zusammenhalt ist unsere Stärke

Deine Spende für mehr Herz und Miteinander.

Unterstütze uns mit Deiner Spende.

Frühjahrssammlung: 7. April – 13. April 2025

Mehr Infos: www.awo-bayern.de